

## **Antrag Nr.**

(mit Kürzel der Mitgliedsgewerkschaft incl. lfd. Nr. und Zusatz Dateiart. Beispiel: DPVKOM1.doc)

### **Antrag an den Gewerkschaftstag 2012 des dbb**

#### **Antragsteller: Bundeshauptvorstand des dbb**

#### **Antragbetreff: „Positionen des dbb in der Finanz- und Steuerpolitik“**

##### **Der Gewerkschaftstag möge beschließen:**

Die Finanz- und Steuerpolitik ist ein zentrales Feld staatlichen Handelns. Eine solide Finanz- und Steuerpolitik ist das Fundament, um einen finanziell handlungsfähigen Staat zu gewährleisten. Denn nur so kann auch eine für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands unabdingbare Infrastrukturpolitik, sowie die soziale Verpflichtung der Marktwirtschaft gewährleistet werden. Aus diesen Gründen, hält der dbb beamtenbund und tarifunion es für erforderlich, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

##### **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die in den letzten Jahren stattgefunden - zum großen Teil - erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Jobs mit Niedriglöhnen zugenommen hat. Ein hoch entwickelter Staat wie die Bundesrepublik Deutschland darf allein schon aus moralischen Gründen nicht zulassen, dass die Gesellschaft wie in anderen Teilen der Welt in Arm und Reich zerfällt. Dies gilt insbesondere deswegen, da Deutschland mit seinem gut funktionierenden Öffentlichen Dienst dafür sorgt, dass die Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft seit Jahrzehnten gegeben sind. Schließlich sorgt der Öffentliche Dienst dafür, dass ein funktionierendes – wenn auch verbesserungswürdiges - Steuersystem Einnahmen generiert, die zur Ausbildung und Bildung der Bevölkerung verwendet werden können. Darüber hinaus sorgen stetige Einnahmen dafür, dass Infrastruktur wie etwa ein funktionierendes Straßennetz bereitgestellt werden kann, dass die Unternehmen in die Lage versetzt gute Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten. Dies ist ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern. Weiterhin ist ein funktionierendes, verlässliches und willkürfreies Steuersystem neben einem guten Rechtssystem per se ein Standortvorteil.

##### **Globalisierung**

Aufgrund der zunehmenden Globalisierung, d.h. der Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften durch die „Wanderungsfreiheit“ von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital, wird eine nationale Wirtschafts- und Steuerpolitik deutlich erschwert. Der internationale Wettbewerbsdruck auf Unternehmen wie auch auf die Staaten nimmt zu, gleichwohl bietet die Globalisierung insbesondere der exportorientierten deutschen Wirtschaft erhebliche Chancen, gleichwohl muss der Staat soziale

Mindeststandards für seine Bürger garantieren. Hierzu ist ein funktionierendes Steuer- und Abgabesystem unabdingbar.

## **Verschuldung**

Die Schuldenlast aller öffentlichen Haushalte hat sich seit Anfang der 90er Jahre nahezu vervierfacht. Lag die Verschuldung 1950 bei 10 Mrd. Euro, so stieg sie kontinuierlich auf 536 Mrd. Euro im Jahr 1990. Bis 2011 hat sich die Staatsschuld auch im Rahmen der Schuldenkrise auf fast 2 Billionen Euro gesteigert. Analog entwickelte sich die Pro-Kopf- Staatsverschuldung jeder Deutschen, jedes Deutschen vom Baby bis zum Rentner. Lag Sie 1950 bei ganzen 190 Euro, betrug sie 1990 schon 8.480 und 2011 knapp 24.900 Euro.

Die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte beliefen sich 1960 auf 800 Millionen, 1990 auf 33,5 Mrd. Euro, in 2011 liegen sie etwa bei 62 Mrd. Euro. Allerdings ist zu konstatieren, dass die Zinsausgaben seit 2000 zumindest geringfügig zurückgehen. Dies hat aber weniger mit einer sparsamen Haushaltsführung, denn mit einem niedrigen Zinsniveau auf den Kapitalmärkten zu tun. Dies muss nicht immer so bleiben. Gleichwohl belasten die außerordentlich hohen Zinslasten die öffentlichen Haushalte enorm. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass das Zinsniveau in den nächsten Jahren ansteigen wird, was die Finanzierung der Staatsverschuldung, je nach Anstieg, verteuern, und folglich zu höheren Zinsausgaben führen wird. Insbesondere vor dem Hintergrund der europäischen Krise ist eine zunehmende Inflationsentwicklung und damit ein Zinsanstieg zu befürchten.

## **Haushalte**

Nach Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion müssen energische Schritte unternommen werden, die das Problem der Altschulden in den Griff bekommen. Die eingeführte Schuldenbremse hilft bestenfalls, die Aufnahme weiterer Schulden zu begrenzen, die derzeitigen Belastungen der Haushalte durch Zinszahlungen werden nicht vermindert. Der dbb hält die Schuldenbremse eher für kontraproduktiv, da insbesondere die Länder, die einen wesentlichen Teil der Infrastrukturmaßnahmen tätigen, in ihren Handlungsoptionen zu stark eingeschränkt werden könnten.

## **Abbau der Altschulden**

Ziel einer verantwortungsvollen Politik muss es nach Auffassung des dbb beamtenbund und tarifunion sein, die Defizite zurückzufahren um nicht Schulden, sondern sinnvolle Zukunftsentscheidungen zu finanzieren. Deshalb fordert der dbb eine wirksame Politik gegen die Altschuldenproblematik, die die gegenwärtige Generation und zukünftige Generationen belastet. Die Herstellung der Handlungsfähigkeit des Staates muss prioritäres Ziel politischen Handelns sein, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu verbessern. Die Schuldenprobleme in Europa, aber auch in der Welt zeigen nachdrücklich, dass eine fortgesetzte Schuldenpolitik nicht funktionieren kann. Der dbb fordert daher ein Programm und eine Strategie zum Abbau der Altschulden.

## **Gerechtes Steuersystem**

Damit der Staat die gesellschaftlich notwendigen und politisch gewollten Aufgaben erfüllen kann, muss die Steuerbasis gestärkt werden. Die notwendige Weiterentwicklung des Besteuerungssystems muss dazu führen, dass der Staat seine Einnahmen nachhaltig sichert. Zugleich muss das deutsche Steuersystem an den durch die Globalisierung ausgelösten rasanten Wandel in der Welt angepasst werden. Dies bedeutet nicht, dass sich Deutschland in einen fortwährenden Steuersenkungswettbewerb um die niedrigsten Steuersätze begeben sollte.

## **Steuerrecht**

Das deutsche Steuerrecht und insbesondere das Einkommensteuerrecht ist noch immer zu kompliziert und unübersichtlich. Dies führt zu Steuerungerechtigkeiten, -hinterziehungen, -vermeidungen und zu unternehmerischen Umgestaltungen zur Abwehr von Steuerpflichten. Die Steuerreformen der vergangenen Jahre haben die Ungleichheit eher verstärkt, denn aufgehoben. Der Grundgedanke des deutschen Steuersystems – die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – ist nicht im notwendigen Maße gewährleistet.

In Bezug auf die Besteuerung von Kapitaleinkünften sieht der dbb beamtenbund und tarifunion eine Bevorzugung dieser Art von Einkünften. Mit der Einführung der sog. Abgeltungsteuer in 2009 werden die über den Sparerpauschbetrag hinausgehenden Einkünfte pauschal mit 25 % besteuert, zuzüglich Solidaritätszuschlag und eventuell zuzüglich Kirchensteuer. Die Begründung der Einführung der Abgeltungsteuer überzeugt nicht, da die Erhebung und die Durchsetzung des Steueranspruchs mithilfe einer elektronischen Übermittlung der Jahressteuerbescheinigung systemgerecht sichergestellt werden könnte. Die Bevorzugung einer Einkunftsart gegenüber den sechs anderen ist nach Meinung des dbb nicht mit den Grundsätzen der Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu vereinbaren. Unverständlich bleibt auch, dass Einkünfte aus Arbeit in der Spitze mit 42 plus 3 Prozent und Einkünfte aus Vermögen definitiv mit 25 Prozent besteuert werden.

Auch das Umsatzsteuerrecht ist reformbedürftig, immer noch besteht die Möglichkeit des Umsatzsteuerbetruges, Schätzungen gehen von einem Schaden in der Größenordnung von 15 Mrd. Euro im Jahr aus. Zudem ist das System der unterschiedlichen Steuersätze intransparent und nicht mehr nachvollziehbar. Die mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz verfolgte soziale Lenkungswirkung sollte bei Bedarf eher über direkte Transfers ihre beabsichtigte Wirkung entfalten, da hierdurch das Umsatzsteuerrecht überfrachtet und dessen Handhabung erschwert wird. Finanzämter und Unternehmen könnten durch eine grundlegende Reform wesentlich entlastet werden, dies wäre zusätzlich ein wesentlicher Beitrag zum vielfach postulierten Bürokratieabbau.

Einnahmen und Verbrauch werden systematisch besteuert, nicht besteuert wird dagegen derzeit das Vermögen. Hier besteht eine systemisch nicht gerechtfertigte Besteuerungslücke, die im Zusammenhang mit der Altschuldentilgung geschlossen werden sollte.

Die Besteuerung der Erbschaften in Deutschland ist im internationalen Vergleich zu niedrig und bedarf einer Überprüfung.

### **Europäische Finanzverantwortung**

Mit Finanztransaktionen werden in Europa riesige Geldmengen bewegt. Umsatzsteuer wird dafür nicht bezahlt. Diese Transaktionen sind teilweise risikoreich. Am Ende muss der Steuerzahler den Schaden übernehmen. Das Gebot der Steuergerechtigkeit erfordert, dass auch dieser Geschäftsbereich mit Umsatzsteuer belegt wird. Die Einführung einer Finanztransaktionsteuer, die europaweit erhoben werden sollte, ist dringend geboten

In Europa ist vielmehr darauf zu drängen, dass nicht einzelne Staaten mit Steuerdumpingmaßnahmen einen Steuersenkungswettbewerb nach unten in Gang setzen. Bei Problemen in der Finanzwelt müssen gerade diese Länder mit Krediten und Garantien vor der Insolvenz bewahrt werden.

Insofern ist es nötig, ein Konzept zu entwickeln, mit dem ein effektives, leicht verständliches Steuersystem geschaffen wird, das hinreichende Einnahmen generiert, um eine leistungsfähige Infrastruktur (z.B. Rechtssicherheit, Verkehrswege) bereitzustellen. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern angesichts der tiefgreifenden Schuldenproblematik für die gesamte Europäische Union.

### **Begründung:**

bei Bedarf mündlich

**Beschluss: angenommen - abgelehnt - Arbeitsmaterial**